

Herbst 2015

Die Zeitung der Linksfraktion in
der BVV Marzahn-Hellersdorf



www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Wohnen ist Menschenrecht!

Dass die „Platte“ besser ist als ihr Ruf, wissen fast alle Bewohner*innen von Marzahn-Hellersdorf. Die Großsiedlungen im Norden unseres Bezirks sind zu einem beliebten Wohnort und sogar Geheimtipp weit über die Grenzen der östlichen Stadtteile hinaus geworden. Gab es vor einigen Jahren noch enormen Leerstand, hat sich das Bild mittlerweile völlig gewandelt. In einigen Wohngebieten gibt es kaum noch freie Wohnungen, nicht einmal für Wohnungswechsel innerhalb des Bezirks steht genug freier Wohnraum zur Verfügung.

Dies ist auf der einen Seite positiv, gab es doch in den 1990er Jahren eher die Vermutung, der Wegzug vieler Menschen aus Marzahn und Hellersdorf würde unentwegt weitergehen. Kindergärten und Schulgebäude wurden abgerissen und die Vorstellung, diese würden einestages wieder gebraucht werden, war für viele Bürger*innen und Politiker*innen undenkbar. Auf der anderen Seite stellt diese Situation den Bezirk und das Land Berlin vor enorme Herausforderungen. In einer wachsenden Stadt muss natürlich auch das Angebot an bezahlbarem Wohnraum sowie die dazugehörige Infrastruktur – u.a. Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten – wachsen. Dafür braucht es ausreichend Flächen, bauende Unternehmen und natürlich den politischen Willen, auch neue Wege zu beschreiten.

Der CDU-Stadtrat Christian Gräff setzt hierbei bisher ausschließlich auf den Bau von hochwertigem Wohnraum. Nach



seiner Auffassung gibt es genügend preiswerte Wohnungen im Bezirk, wohingegen teure Townhouses und Stadtvillen fehlen würden. Dabei wird von der CDU ignoriert, dass wir inzwischen in jedem Segment dringenden Nachholbedarf haben. Die Verdrängung von Menschen mit kleinem Geldbeutel aus den Innenstadtbereichen wird weitergehen und schon jetzt finden viele Bewohner*innen unseres Bezirks keine passende Wohnung mehr in dem Kiez, in dem sie leben möchten.

Es erfordert neue Ideen, um den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen, die ja letztlich allen Menschen unabhängig ihres sozialen Status zur Verfügung stehen müssen,

zu decken. Eine kleinteilige Verdichtung innerhalb der Wohngebiete mit hochwertigen Gebäuden wird das Problem nicht lösen. Politik und städtische Wohnungsgesellschaften müssen ein gemeinsames Konzept erarbeiten, wie in absehbarer Zeit eine große Anzahl an Wohnungen geschaffen werden kann. Die Idee des großflächigen industriellen Wohnungsbaus darf hierbei kein Tabu mehr sein. Die Stadt wird weiter wachsen und Marzahn-Hellersdorf hat bewiesen, dass Großsiedlungen auch im 21. Jahrhundert ein lebens- und liebenswertes Zuhause sind.

BJOERN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender

Festliche Stimmung im Schloss Biesdorf

In wunderbarer Sonntagnachmittagssonne konnten die Gäste zum Tag des offenen Denkmals am 13. September das frisch sanierte Innere des Schlosses erleben. Nach umfangreichen Sicherungsmaßnahmen fand im Dezember 2014 das Richtfest und nun die Übergabe des Hauses durch die Bauleute an das Kulturamt statt.

Mit Kostproben aus Musik, Literatur, Tanz, Skulptur und Malerei wurde ein bunter Fächer jener Kunstgattungen gezeigt, die künftig im Schloss zu finden sein werden. Das Jugendsinfonieorchester der Musikschule bot gleich zum Start einen fulminanten Auftakt. Orchesterleiter Jobst Liebrecht brachte ein eigens für diese Eröffnung von ihm komponiertes Stück zum Vortrag. „Acht Stimmen, ein Haus zu bauen“ stellte die Ode an die Bauleute dar. Prof. Mara Pinardi, die mit ihrem Architektenkollegen Jan Schmidt das erste Mal die Nutzung des Hauses erleben konnten, waren sichtlich bewegt und nahmen die vielen Dankesworte der Gäste mit Freude entgegen. Die Tanzvorführung der Deutschen Tanzakademie unter der Leitung von Lars Scheibner vom Tanzatelier Marzahn hatte das ganze Gebäude in perfekter Weise erobert.

In den nächsten Monaten werden die Stuck-Experten*innen die Außenarbeiten an der Fassade fertigstellen. Die Eröffnung des 1868 als spätklassizistische Turmvilla erbauten Hauses ist für den 9. September 2016 als Bilderschloss geplant.

JULIANE WITT
Bezirksstadträtin für Jugend, Familie,
Weiterbildung und Kultur

Wohnungsneubau in Marzahn-Hellersdorf



2

Bild: STADT UND LAND

Schulreinigung und Schulschließung im Bezirk



4

Mobilität für alle und Infrastruktur in den Siedlungsgebieten



5

Stadtentwicklung in Hellersdorf und Mahlsdorf



7

Bauprojekte in Marzahn-Hellersdorf

In den Siedlungsgebieten des Bezirks wurden in den letzten 20 Jahren unzählige Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut. Neben der klassischen Verdichtung durch Grundstücksteilung wurden aber auch neue Wohngebiete errichtet. Die größte zusammenhängende Neubau-Wohnsiedlung

aus Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern entstand entlang der Schmetterlingswiesen zu beiden Seiten des U-Bahnhofs Elsterwerdaer Platz.

Seitdem der Wohnraum in der Innenstadt knapp wird, steigt auch die Bevölkerungszahl in den Großsiedlungen Marzahn-

Hellersdorfs. Um der großen Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen gerecht zu werden, sind in unserem Bezirk Planungen für neuen Wohnungsbau entstanden. Einige Projekte nehmen bereits Gestalt an oder sind schon abgeschlossen. Für andere hat der Bezirk Konzepte erstellen

lassen, für deren Umsetzung jedoch noch Investor*innen gefunden werden müssen. Wir zeigen die Standorte und stellen Ihnen die wichtigsten Projekte vor, die derzeit in Marzahn-Hellersdorf verfolgt werden.

RENATE SCHILLING

Wohn- und Mietenpolitische Sprecherin

Mühlenbecker Weg/ Franz-Stenzer-Straße
Für diese Brachfläche ließ der Bezirk Planungen erstellen, die Mehrgeschosswohnungsbau vorsehen.

Flämingstraße/ Wittenberger Straße
An der Kreuzung in Marzahn-Nord sollen nach Plänen des Bezirks ein Hochhaus mit zehn Etagen sowie angrenzende Wohnbauten entstehen.

Märkische Allee/ Trusetaler Straße
Auf dem ehemaligen Allkauf-Gelände hat die GFRK-GmbH vor, in den nächsten zwei bis drei Jahren 100 neue Wohnungen zu bauen.

Louis-Lewin-Straße
Auch an der Louis-Lewin-Straße plant die STADT UND LAND Mehrgeschosswohnungsbau. Es sollen 4- oder 5-Geschosser entstehen.

Gut Hellersdorf und Zossener Straße
Der Bezirk möchte Grundstücke im Gut Hellersdorf zusammen mit der Brachfläche südlich der Zossener Straße durch einen Investor bebauen lassen.

Hellersdorfer Straße/ Alte Hellersdorfer Straße
Zur Zeit wird hier, neben einem bereits bezogenen Neubau, ein zweiter 5-geschossiger Wohnblock fertiggestellt.

Kummerower Ring
An dem ehemaligen Schulstandort sollen nach Plänen des Bezirks Reihenhäuser wie im benachbarten Sonnenkieker entstehen.

Murtzaner Ring
Für die Fläche des ehemaligen Arbeitsamtes ließ der Bezirk Planungen für mehrgeschossigen Wohnungsbau erstellen.

Gut Biesdorf
Auf dem Gelände zwischen Alt-Biesdorf und Weißenhöher Straße sind die Bauplanungen der STADT UND LAND für 370 Wohnungen bereits weit vorangeschritten.

Neue Wohnungen in Biesdorf

Mit 15.120 Wohnungen in Hellersdorf und 512 in Marzahn ist die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH einer der größten landeseigenen Immobilien-Dienstleister in unserem Bezirk. Ingo Malter, seit 2010 Geschäftsführer der STADT UND LAND, gibt im Interview mit unserem Mitarbeiter Thomas Braune Auskunft über die Wohnungssituation und die Baupläne der Gesellschaft im Bezirk.

Herr Malter, seit 2013 sind in Marzahn-Hellersdorf die Mieten um 13,5 Prozent gestiegen – der höchste Wert in ganz Berlin. Gleichzeitig entstehen laut Medienberichten nur acht neue Wohnungen im Bezirk. Was will die STADT UND LAND dagegen tun?

Die 13,5 Prozent kann ich so nicht bestätigen. Auch bei uns gibt es, bedingt durch einen Anstieg der Kosten, natürlich Änderungen in der Miethöhe. Die Mieten steigen bei uns jedoch deutlich moderater als bei freien Vermietern. Das liegt zum einen am vereinbarten Mietverbund, das wir mit dem Land Berlin abgeschlossen haben. Da gibt es Einschränkungen bei der Erhöhung der Mieten im Gegensatz zu den gesetzlichen Möglichkeiten. Wenn sich Mieter dennoch durch die Mieterhöhung überfordert fühlen, können sie sich an uns wenden, wir prüfen das und nehmen die Mieterhöhung teilweise oder ganz zurück. Zum anderen haben wir deutlich geringere Durchschnittsmieten als der Markt.

Was das Thema Neubau angeht: Wir haben zwei konkrete Neubauvorhaben in Marzahn-Hellersdorf in der Planung: das

Neubaugelände auf dem Gut Alt-Biesdorf, wo mindestens 370 neue Mietwohnungen entstehen. Außerdem planen wir, auf einem Vorratsgrundstück in der Louis-Lewin-Straße Geschosswohnungsbau für breite Bevölkerungsschichten zu realisieren. Dort können ca. 130 neue Wohnungen entstehen.

Was für Wohnungen sollen im Dorfkern Biesdorf entstehen und welche Mieten sollen veranschlagt werden?

Die Wohnungen werden einen sehr vernünftigen Neubaustandard haben. Das ist schon durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgegeben. Wahrscheinlich werden alle Wohnungen Terrassen oder Balkone haben. Die Wohnungsgrößen variieren zwischen 40 und im Einzelfall 95 Quadratmetern. Die meisten Wohnungen werden 1,5 oder 2 Zimmer haben und im Schnitt bei 65 Quadratmetern liegen. Im frei finanzierten Teil wird sich eine Kostenmiete von ca. 9,50 Euro pro Quadratmeter ergeben. Wir werden aber 30 Prozent der Wohnungen gefördert errichten, woraus sich dann bei diesem Teil eine Nettokaltmiete von 6,50 Euro pro Quadratmeter ergeben wird.

Welche Art von Wohnungen werden in der Louis-Lewin-Straße entstehen?

Die Wohnungen dort werden mit denen in Biesdorf vergleichbar sein. Es entspricht ja unserem Auftrag, für breite Bevölkerungsschichten Wohnungen vorzuhalten. Auch dort wird es also einen Förderanteil geben. Die Gebäude werden sich in die Umgebung einpassen; dem Stadtbild



Ingo Malter ist Geschäftsführer der STADT UND LAND

angemessen also 4- oder 5-Geschosser. Der Standard wird der gleiche sein wie bei allen unseren Neubauten. Bei uns gibt es keine Luxusausstattung, aber die Wohnungen sind so konzipiert, dass sie über viele Jahre gut vermietet werden können.

Im politischen Raum wird oft die Frage diskutiert, welcher Art Wohnungsbau in der Großsiedlung stattfinden soll. Also hochwertige Nachverdichtung oder möglichst viel Wohnraum zu möglichst günstigen Mieten?

Wir als Fachleute der Wohnungswirtschaft gehen davon aus, dass der Nachfragedruck in Berlin noch über Jahre anhalten wird – auch in der Peripherie. Deshalb bauen wir auch dort. Berlin hat enorme Attraktivität, u.a. weil es eine preisgünstige Stadt ist – auch was das Wohnen angeht. Zu den normalen Migrationsbewegungen in der Stadt kommt das Thema Flüchtlinge massiv auf uns zu. Als dauerhafte Bestandhalter sind wir

darin interessiert, gemischte Quartiere zu haben. Wir wollen weder Luxusquartiere noch Ghettos erzeugen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich dann stabile Quartiere ergeben, wenn eine gute Mischung aller Einkommensgruppen, Familien, Lebensformen und Kulturen vorhanden ist. Wir versuchen deshalb, ein breites Spektrum abzudecken. Aber immer mit dem Schwerpunkt auf Geringverdiener.

Was heißt das konkret für den Wohnungsbau? Hochhäuser? Plattenbau?

Das ist natürlich standortabhängig. Konkret in Hellersdorf ist für uns die bisherige Traufhöhe – also 4- bis 6-Geschosser – bestimmend. Eine persönliche Anmerkung von mir: Ich halte das auch für das gute Maß, weil die Anonymität in sehr großen Gebäuden steigt und keine gute Nachbarschaft fördert. Wir versuchen, natürlich kostenoptimiert zu bauen, um so auch niedrige Mieten im frei finanzierten Bereich anbieten zu können. Dafür sind dann Themen wie modulares Bauen, serielles Bauen durch Vorfertigungen, zu betrachten. Standardisierte Gebäude müssen keine übertriebene Homogenität aufweisen. Individuelle Gestaltung ist auch dort möglich. Wo Vorfertigung Sinn macht, sollte man das tun. Beispielsweise bei Balkonen. Im Dialog mit den Baufirmen haben wir aber gelernt: Vorfertigung ist nicht immer günstiger. Dazu brauchen Sie große Stückzahlen am selben Standort.

Gibt es denn in der Großsiedlung noch genügend freie Flächen für Geschosswohnungsbau im großen Stil? Und wie kommt man als Wohnungsbaugesellschaft an die Grundstücke?

Die Flächen, die bereits in unserem Eigentum sind, nutzen wir für Geschosswohnungsbau. Die Louis-Lewin-Straße ist da das beste Beispiel. Wenn wir zusätzliche Grundstücke benötigen, gehen wir den Weg über das Land Berlin. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) – früher der Liegenschaftsfonds – hat die Hoheit über die landeseigenen Grundstücke. Unter Umständen werden diese Grundstücke einfach bei uns eingebracht, ohne dass wir sie bezahlen müssen. Insbesondere für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf kann ich sagen, dass die Verwaltung gerade für den Geschosswohnungsbau der öffentlichen Unternehmen ein offenes Ohr hat. Manchmal kaufen wir aber auch Grundstücke – das Gut Biesdorf zum Beispiel. Oft wird es dann aber schwer, geringe Mieten zu ermöglichen. Wir sind also bestrebt, zunächst alle Baureserven zu nutzen, die wir haben. Erst danach bewerben wir uns regelmäßig um Grundstücke der BIM.



Bild: STADT UND LAND

Eines von zwei konkreten Neubauvorhaben der STADT UND LAND: Auf dem Gut Alt-Biesdorf entstehen 370 Mietwohnungen mit einer Größe zwischen 40 und 95 Quadratmetern

Zufriedene Schülerinnen und Schüler brauchen saubere Schulen

Kein Kind geht gern zur Schule, wenn es dort dreckig ist. Nur in einer sauberen Lernumgebung können Schülerinnen und Schüler sich auch wohlfühlen. In der Vergangenheit gab es oft Beschwerden über schlechte oder nicht erfolgte Schulreinigung. Das ging sogar so weit, dass eine Schule in Marzahn für einen Tag geschlossen werden musste und die Lehrkräfte stattdessen selbst putzten. Ein Grundproblem ist der ständige Preiskampf. Nicht die beste Reinigungsfirma erhält den Auftrag, sondern die billigste.

Zu wenig Informationsaustausch der zuständigen Ämter mit den Schulen hat dazu geführt, dass Reinigungsverträge nicht an die Anforderungen der einzelnen Schulen angepasst sind. Mängelmeldungen kommen kaum bei den zuständigen Stellen an und führen nur selten zu Verbesserungen. Im März 2015 kündigte eine Firma, die für sieben Schulen in Marzahn-Nord zuständig war, den Vertrag. Die Schulen hatten plötzlich keine Putzkräfte mehr und wurden nur noch provisorisch gereinigt.

Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass dieses Dilemma als Anstoß genommen wurde, endlich die Schulen bei der Bestimmung der Reinigungsleistung vor Abschluss neuer Verträge mit einzubeziehen. Auf unseren Antrag hin, wurde eine Reinigungskommission aus Schulleitungen, Stadtrat, Amtsleitung und Vertreter*innen der Politik ins Leben gerufen. Gemeinsam mit den Schulen wurden Reinigungspläne erarbeitet, die nun Grundlage für die Vertragsgestaltung sind. Es wird ebenso eine konkrete Kontaktadresse für Mängelmeldungen eingerichtet. Von Seiten der Schulleitungen wurde die erstmals nach über 25 Jahren stattfindende Gesprächsrunde begrüßt. In Zukunft soll sie zweimal jährlich zusammenkommen und auch für alle anderen Stadtteile einberufen werden.

Bei der letzten Ausschreibung der Reinigungsverträge hatte der Bezirk rund 800.000 Euro eingespart. Die Einsparungen gingen zu Lasten der Qualität, wie die Schulleitungen feststellen mussten. Nicht nur verdreckte Schulen sind die Folge.



Auch das Inventar wird durch die Verschmutzungen übermäßig verschlissen. Scheinbare Selbstverständlichkeiten wie das Ausschalten der Beleuchtung nach erfolgter Reinigung, das Schließen der Fens-

ter oder die Bestückung der WCs mit Toilettenpapier werden von den Putzfirmen nicht erledigt. Künftige Verträge müssen daher detaillierter verfasst werden.

In den sieben Schulen in Marzahn-Nord muss wegen der vorherigen Reinigungsmängel eine Neuversiegelung des Bodenbelages erfolgen. Allein diese Zusatzleistung wird vermutlich Mehrkosten in Höhe von circa 60.000 bis 70.000 Euro verursachen. Ob der Bezirksbürgermeister und Finanzstadtrat Stefan Komoß (SPD) bereit ist, die nun wieder steigenden Kosten durch die qualifizierten Reinigungspläne bereitzustellen, ist unklar. Im Haushaltsplan des Bezirksamtes ist eine Berücksichtigung nicht ersichtlich. Die Linksfraktion wird sich dafür einsetzen. Letztlich verursacht die schnellere Abnutzung des Inventars an verdreckten Schulen deutlich höhere Kosten. Eine saubere Lernumgebung für Schülerinnen und Schüler in Marzahn-Hellersdorf muss eine Selbstverständlichkeit sein!

SARAH FINGAROW
Bildungspolitische Sprecherin

Schulschließung in Kaulsdorf – Bezirksbürgermeister versagt beim Krisenmanagement völlig

In Marzahn-Hellersdorf ist das neue Schuljahr denkbar schlecht gestartet. Gleich in der ersten Schulwoche musste die Franz-Carl-Achard-Schule in Kaulsdorf aufgrund eines Befalls von Hauschwamm, welcher die Statik des Hauses angreift, geschlossen werden. Gutachten, die eine drohende Schulschließung aufzeigen, lagen bereits im Frühjahr 2015 vor und wurden vom Bezirksbürgermeis-

ter und Schulstadtrat Stefan Komoß (SPD) offenbar nicht ernst genommen. Seit dem 7. September ist die Schule in einem Ausweichgebäude in Marzahn-Nord untergebracht. Komoß hatte einen zügigen und von einem professionellen Unternehmen organisierten Umzug angekündigt. Weil jedoch keine Umzugsfirma an der Schule auftauchte, organisierten Eltern den Umzug notgedrungen selbst. Unterstützt

wurden sie dabei auch von zahlreichen Helfer*innen der LINKEN und der Freiwilligen Feuerwehr. Dieses Versagen des Schulamtes ist für die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf nicht hinnehmbar. Wir erwarten dazu mehr als realitätsferne „Erfolgsmeldungen“ vom Bezirksbürgermeister.

Im Ausweichgebäude in Marzahn-Nord sollte eigentlich die Marcana-Schule einziehen, damit deren Schulgebäude saniert werden kann. Diese Sanierung kann nun vorerst nicht stattfinden und die Schüler*innen müssen weiterhin im alten Gebäude bleiben. Die Kinder der Franz-Carl-Achard-Schule werden nun täglich mit Bussen in das zehn Kilometer entfernte Ausweichgebäude gebracht. Eine Fahrt dauert bis zu einer halben Stunde. Diese Zeit geht zu Lasten des Unterrichts und gestaltet sich bisher als sehr problematisch. Wir finden diesen Zustand für Grundschulkinder nicht zumutbar.

Das Bezirksamts muss den Kindern einen wohnortnahen Schulunterricht ermöglichen und der Senat hierfür die notwendigen Mittel bereitstellen. Übergangsweise kann ein Containerbau hier eine Lösung sein. Wir fordern Senat und das Bezirksamts zum sofortigen Handeln auf.

SARAH FINGAROW
Bildungspolitische Sprecherin

Überfüllte Klassen – Nein danke!

Die Einwohnerzahl im Bezirk Marzahn-Hellersdorf steigt und somit auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Diese Entwicklung ist nicht neu und wird sich weiter fortsetzen. In den vergangenen 15 Jahren wurden viele Schulgebäude abgerissen oder stillgelegt, da die Bevölkerungszahl nach der Wende erheblich gesunken ist. Die Grundstücke liegen brach und die verbliebenen Gebäude verfallen zusehends. Um kurze Schulwege zu ermöglichen, ist es erforderlich, neue Schulen an verschiedenen Orten zu errichten. Die Konzentration auf wenige zentrale Standorte ist keine dauerhafte Lösung. Der Bezirk setzt jedoch bisher überwiegend auf überfüllte Klassen an wenigen Standorten. Die kurzfristige Errichtung von Containerbauten zur schnellen Überwindung der Engpässe findet zu selten statt. Die bisherigen Planungen des Bezirkes für Neubauten liegen in weiter Ferne, der Mangel an ausreichend vielen Schulplätzen ist allerdings schon seit einigen Jahren vorhanden. Der Bezirk muss neue Schulen an den früheren Standorten bauen und die verbliebenen alten Gebäude für den Schulbetrieb reaktivieren, um eine wohnortnahe Erreichbarkeit gewährleisten zu können.

CHRISTIAN SCHWINGE
Stadtentwicklungspolitischer Sprecher



Schüler*innen mit ihren Eltern und Helfer*innen der LINKEN und der Freiwilligen Feuerwehr erledigen die Aufgabe des Bezirksamts

Mobilität für alle!

In absehbarer Zeit werden fast ein Drittel aller in Marzahn-Hellersdorf lebenden Menschen im Seniorenalter sein. Zudem ziehen verstärkt auch junge Familien mit Kindern in unseren Bezirk. Schon jetzt ist bei vielen jungen Menschen das Auto kein Statussymbol mehr. Statt der autogerechten Stadt brauchen wir also vor allem eine fußgänger- und radfahrgerechte Infrastruktur. Dies ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre für Verkehrsplaner*innen und für alle, die sich mit dem Zustand, dem Erhalt und dem Bau von Straßen und Wegen beschäftigen.

Mobilität ist aber – auch wenn heute vieles über das Internet erledigt werden kann – Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher ist die Wahrung eines Rechtes auf Mobilität eine soziale Forderung und für die Linksfraktion nicht verhandelbar. Die Umsetzung von barrierefreien bzw. barrierearmen Wegen und Straßen ist keine Frage des „ob“, sondern nur des „wann“ und „wie“. In Ergänzung zu Sonderprogrammen zum Stopfen von Schlaglöchern sollte es daher ein Sonderprogramm, besser noch eine Regelfinanzierung, für den fußgänger- und radfahrgerechten Umbau von Straßen und Wegen in der Stadt geben. Immerhin werden 95 Prozent aller Wege im Nahbereich derzeit zu Fuß absolviert. Zum Umbau gehören u.a. die Absenkung von Bordsteinen an Straßenecken und Hauptwegebeziehungen, die Markierung von Übergängen, das Anlegen von Radspuren auf der Fahrbahn und die fußgänger- und radfahrgerechte Einstellung von Ampeln.

Wo etwa in Kaulsdorf, Mahlsdorf oder Biesdorf eine Fertigstellung von Fahr-



bahnen und Gehwegen in absehbarer Zeit nicht machbar ist, ist die Einrichtung sogenannter Begegnungszonen zu prüfen. Fußgänger*innen haben dort Vorrang, Rad- und Kraftfahrzeugverkehr ist nur bei Rücksichtnahme und maximal bis Tempo 20 erlaubt.

Auch für den öffentlichen Personennahverkehr ist der demografische Wandel eine Herausforderung. Die Vorstandsvorsitzende der BVG, Frau Dr. Nikutta, sagt dazu: „Die barrierefreie Gestaltung von Mobilität für Menschen mit Behinderung und für Menschen, die in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt sind, hat für die BVG eine hohe Bedeutung.“ Es muss aber nicht nur um die behindertengerechte Umgestaltung von U-Bahnhöfen gehen. Die Beschaffung barrierearmer Straßenbahnfahrzeuge und auch neuer U-Bahnen ist in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten.

Die Ausdünnung beim Straßenbahnverkehr in Marzahn-Hellersdorf – bedingt durch die Sparpolitik bei der BVG – widerspricht einem modernen Mobilitätskonzept für eine Metropole wie Berlin. Schon mit dem Konzept 2005plus reduzierte die BVG ihre Leistungen „in der Fläche“ – in unserem Bezirk um 42 Prozent. Das versprochene Metrolinien-Konzept wurde nie vollständig umgesetzt. Inzwischen werden die Leistungen personalbedingt weiter reduziert. Dabei werden übereinstimmend Zuverlässigkeit und Anschlusssicherheit als wesentliche Kriterien für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel genannt – und das nicht nur von älteren Menschen. Die Forderung nach einer Mobilität für alle wird weiterhin die Politik der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf leiten.

FRANK BEIERSDORFF
Umweltpolitischer Sprecher

Liste fertiger Baumaßnahmen statt Radwegekonzept vorgelegt

In der Juni-Sitzung hat das Bezirksamt der BVV eine Drucksache mit dem Betreff „Radwegekonzept“ zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Verordneten der Linksfraktion kamen aus dem Staunen nicht mehr heraus, als sie dieses sogenannte Konzept lasen. Statt – wie in einem von der BVV beschlossenen Antrag gefordert – konkret festzulegen, wie eine Steigerung des Radverkehrsanteils erreicht werden kann, beinhaltet das „Radwegekonzept“ lediglich eine Auflistung neuer Radverkehrsanlagen seit 2012. In der folgenden Sitzung des Verkehrsausschusses rechtefertiigte Bezirksstadtrat Gräff (CDU) die Liste als ersten Schritt zu einem Konzept, welches noch nicht ausgearbeitet ist und erst später vorgelegt werden soll.

Die Linksfraktion erwartet, dass ein Radwegekonzept erstellt wird, das diesen Namen auch verdient. Dazu gehören Pläne, wie die Kombination von Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln oder die Fertigstellung des Fahrradnetzes erreicht werden kann. Dabei müssen der Verkehrssicherheit, kurzen Wegen und der Diebstahlsicherung an Bahnhöfen Rechnung getragen werden.

CHRISTIAN SCHWINGE

Stadtentwicklungspolitischer Sprecher



Der Aufbruch ins digitale Zeitalter ist längst überfällig

Seit Jahren versucht der Berliner Senat, ein freies WLAN-Netz für die Hauptstadt aufzubauen. Das ist mehr als notwendig, denn Berlin hinkt hier im Vergleich mit anderen europäischen Städten weit hinterher. Umso unverständlicher ist es,

dass der rot-schwarze Senat für den Aufbau eines freien WLAN-Netzes lediglich 170.000 Euro zur Verfügung stellt. Mit diesem Geld soll ein privater Anbieter an 650 Standorten in Berlin WLAN-Hotspots einrichten. Es steht zu befürchten, dass

der Bereich des Berliner Innenrings bevorzugt wird. Die Linksfraktion wird sich in der BVV dafür einsetzen, dass im Rahmen dieses Projekts auch in Marzahn-Hellersdorf entsprechende Hotspots eingerichtet werden.

Dennoch ist jetzt schon klar, dass das Projekt des Senats ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben wird, zumal der Berliner Senat selbst erklärt hat, dass es nicht sein Ziel sei, eine flächendeckende Versorgung mit freiem WLAN zu gewährleisten. Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf gibt sich mit den bisherigen Aktivitäten des Senats nicht zufrieden. In der BVV tritt sie dafür ein, dass das Bezirksamt gemeinsam mit der Initiative „Freifunk“ weitere WLAN-Hotspots im Bezirk einrichtet.

Aus Sicht der LINKEN gehören schnelle Internetverbindungen zur öffentlichen

Daseinsvorsorge, denn sie sind wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe. Vor allem in den bezirklichen Siedlungsgebieten muss der Ausbau des Breitbandnetzes gefördert werden. Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf schneiden im Vergleich zu den Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf bei der Breitbandverfügbarkeit schlecht ab.

Dem Land Berlin stehen aus der Auktion von Kommunikations-Frequenzen durch die Bundesnetzagentur bis 2017 voraussichtlich ca. 31,6 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Die Linksfraktion hat in der BVV erreicht, dass sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat dafür einsetzen soll, dass ein Teil der finanziellen Mittel zur konkreten Förderung von Breitbandausbau-Projekten in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf verwendet wird.

KRISTIAN RONNEBURG



„Nichts ist spannender als das Jetzt“

Karin Scheel ist seit 2008 Leiterin der Galerie M. Sie leitete eine Umorientierung der Galerie hin zu zeitgenössischer Kunst ein. Über die Bedeutung der Galerie für Marzahn-Hellersdorf und seine Bewohner*innen sprach Frau Scheel mit unserem Mitarbeiter Thomas Braune.

Frau Scheel, die aktuelle Ausstellung trägt den Namen „Mein Garten – Orte der Wonne in der Großstadt“. Was bedeutet das?

Fragen werden natürlich zu jeder Ausstellung gestellt. Neugier ist die beste Gesprächsgrundlage. Diese Ausstellung fragt am Beispiel des Gartens nach dem individuellen Glücksbegriff – ein philosophisches Grundthema. Das Beispiel dieser Ausstellung spiegelt das Profil der Galerie M gut wider: Ausstellungen zeitgenössischer Kunst mit auch vor Ort relevanten Themen. Kunst findet ja nicht im luftleeren Raum statt. Wir beziehen den Ort und die Menschen in die Kunstprojekte ein. Die Themen reichen von Architektur über Soziologie bis hin zur Politik und – wie die aktuelle Ausstellung zeigt – zur Philosophie. Die Künstlerinnen haben nach mehr als zweijähriger Recherche eine künstlerisch anspruchsvolle Umsetzung des Themas entwickelt.

Also Kunst als Auseinandersetzung mit dem Jetzt?

Ja, nichts ist doch spannender als das Jetzt, also die Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Es geht nicht um Dekoration, es geht nicht um Beliebigkeit. Die Ausstellungen werden immer für den Ort entwickelt, sie sind Unikate. Dieser kon-

zeptuelle Ansatz eint alle Kunstprojekte der Galerie M. Diese Konsequenz in Kombination mit hoher künstlerischer Qualität hat der Galerie sehr gute Resonanz gebracht. Auch die Menschen im Bezirk nehmen dieses Angebot mittlerweile gern an. Die begleitenden Veranstaltungen, Gesprächsrunden und Kunstaktionen im öffentlichen Raum haben hierbei sicher einen hohen Anteil.

Wie fügt sich die aktuelle Ausstellung in dieses Verständnis ein?

Die Ausstellung von Sigrun Drapatz und Tanja Lenuweit spielt mit einem Sehnsuchtsmodell, das fast jedem bekannt ist – dem Kleingarten. Die raumgreifende Installation in der Galerie besteht u.a. aus Möbeln des Interkulturellen Gartens Marzahn. Die Besucher*innen können sich setzen und den vielen Gesprächen der Künstlerin mit Menschen zum Thema Garten lauschen. Ergänzt wird diese Installation durch Zeichnungen, historische Dokumente und Fotografien, die das Brüchige der Idylle beschreiben. Zur Ausstellung gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm, das die verschiedenen Aspekte des Themas beleuchtet.

Neben den Ausstellungen steht die Galerie M für Kunstprojekte im öffentlichen Raum. Was für Projekte sind das?

Die Galerie M ist auch Geschäftsstelle der bezirklichen Kommission für Kunst im öffentlichen Raum. Neben den klassischen Kunst-am-Bau-Verfahren initiieren wir seit einigen Jahren temporäre Kunstprojekte im öffentlichen Raum. Dank der



Karin Scheel ist Leiterin der Galerie M

chert ist. Das größte Problem ist die Personalsituation, für die Galerie gibt es nur eine Stelle, das bin ich.

Mittlerweile kommen immer mehr Künstler*innen in den Bezirk. Gibt es genügend Ateliers auf der „Kunstpromenade“?

Momentan haben wir auf der Marzahner Promenade zwei Ateliers, die derzeit von sechs Künstlerinnen und Künstlern genutzt werden. Aber auch am Helene-Weigel-Platz und in der Hellersdorfer Promenade gibt es Ateliers. Interessierte, professionelle Künstler*innen können sich in der Galerie M bewerben. Die zu tragenden Kosten für die Ateliers sind im Normalfall nur die Nebenkosten der Gewerbeobjekte. Am Tag des offenen Ateliers – aber nicht nur dann – können die Bürger*innen sich die Ateliers auch anschauen. Möglich ist uns dieses Atelierprogramm durch Kooperationen mit verschiedenen Wohnungsgesellschaften.

Viele Menschen haben ja Angst vor Gentrifizierung. Sehen Sie diese Entwicklung auch in Marzahn-Hellersdorf?

Natürlich kommen immer mehr Menschen in den Bezirk, darunter sind auch Künstler*innen. Deren Aktivitäten machen den Bezirk auf jeden Fall attraktiver. Ich sehe diese Entwicklung aber nicht als Vorboten einer Gentrifizierung. Für mich ist das eher eine gute Entwicklung. Die unglaublich positive Medienresonanz auf unsere Kunstprojekte hat dem Bezirk mittlerweile einen großen Imagegewinn gebracht.

Das Freihandelsabkommen TTIP betrifft uns alle!

TTIP – ein Kürzel, unzählige Fragezeichen! Was in Brüssel oder sonst wo verhandelt wird, wird uns alle irgendwie betreffen: im Umwelt- und im Verbraucherschutz, in der Demokratie, bei den

Rechten für Arbeitnehmer*innen, bei gesunden Lebensmitteln, bei kultureller Vielfalt. Und weil so vieles bei TTIP geheim als geheim verhalten wird (Warum nur?), wollen wir es genau wissen. Wir

fordern Aufklärung darüber, was wirklich geplant wird und wie unser aller Leben künftig von dem Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen EU und USA beeinflusst werden soll.

DIE LINKE ist dazu vielerorts aktiv – bei der Großdemonstration in Berlin am 10. Oktober, im Europaparlament, im Bundestag und ja, auch in der BVV Marzahn-Hellersdorf. Und wenn auch einige Bezirksverordnete aus anderen Parteien mit den Augen rollten (Was geht uns schon TTIP an?), die Linksfraktion hat wichtige Fragen und Sorgen der Bürger*innen aufgegriffen und eine Debatte dazu in der Bezirksverordnetensammlung erwirkt. Für uns beginnt Verantwortung im Bezirk.

Über 3 Millionen Menschen europaweit haben ihre Unterschrift gegen TTIP geleistet. Machen auch Sie mit! Engagieren und informieren Sie sich: www.fair-handeln-statt-ttip.eu

MARINA RICHTER-KASTSCHAJEWA

Für ein Freibad im Bezirk

Der heiße Sommer ist längst Geschichte. Aber der nächste wird kommen – und mit ihm wieder die Frage: Wo können wir in unserem Bezirk baden? Die Antwort wird dann noch immer lauten: Nirgends!

Die Linksfraktion in der BVV findet sich mit diesem Zustand nicht ab. Seit Langem drängen wir darauf, dass endlich der Beschluss aller Parteien umgesetzt wird, ein wohnortnahes Freibad zu errichten. Weil Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) bisher untätig geblieben ist, wollen wir ihm den Wunsch nach einem Freibad in Marzahn-Hellersdorf schwarz auf weiß vor Augen führen: Mit einer Postkarte – erhältlich im Büro der Linksfraktion – können Sie dem Bezirksbürgermeister Ihre Meinung sagen und Druck ausüben.

Machen Sie mit und senden Sie die Postkarte an Herrn Komoß! Damit wir nicht länger auf dem Trockenen sitzen müssen!

SABINE SCHWARZ
Sportpolitische Sprecherin



DIE LINKE ist vielerorts aktiv, wie hier auf der Großdemonstration gegen das TTIP-Abkommen am 10. Oktober 2015



Was wird aus der Hellen Mitte?

Die Entwicklung des Hellersdorfer Zentrums steht seit Jahren im Mittelpunkt der Diskussion und der Bezirk weiß bis heute nicht, wie es weitergehen soll. Noch im vergangenen Jahr lehnte die Koalition aus SPD, CDU und Bündnisgrünen die Einrichtung eines Runden Tisches für die Helle Mitte ab. In der Juni-Sitzung der BVV äußerte Bezirksstadtrat Gräff (CDU) plötzlich Sympathie für diese Idee der Linksfraktion. Offenbar ist ihm klar geworden, dass es nicht reicht, nur Gespräche mit den ansässigen Gewerbetreibenden zu führen – unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne darüber zu informieren.

Kürzlich hat Bezirksbürgermeister Komöß (SPD) in den Medien verlauten lassen, dass es mit der Hellen Mitte aufwärts geht. Diese Einschätzung ist jedoch alles andere als richtig. Der Gesundheitsbereich konnte zwar erweitert werden und das Bezirksamt hat den Mietvertrag für seine Büroflächen verlängert. Dies kann jedoch unmöglich als Aufwärtstrend beschrieben werden. Die Betreibergesellschaft hat dem Bezirk einen großzügigen Rabatt gewährt, was darauf hinweist, dass es ihr lieber ist, den Bezirk als Mieter zu halten, als gar keine Mieteinnahmen zu erzielen. Im Sinne des Bezirkshaushalts befürwortet die Linksfraktion den ausgehandelten Rabatt. Wir befürchten aber, dass das eingesparte Geld nicht in die Entwicklung der Hellen Mitte fließt. Eine Stabilisierung des Einzelhandels ist nicht in Sicht. Dies kann nur geschehen, wenn die Kaufkraft in der Umgebung erhöht wird, das heißt, wenn die Menschen mehr Geld in der Tasche haben und somit Gewerbetreibende einen Anreiz sehen, sich in der Hellen Mitte anzusiedeln.



Mit dem anstehenden Umbau des Kaufparks Eiche wird es noch schwieriger werden, die großen leerstehenden Verkaufsflächen zu vermieten. Es ist daher notwendig, Alternativen für eine andere Nutzung der Flächen zu entwickeln. Jahrelang über das Werben großer Handelsketten nachzudenken ist sinnlos und hilft der Hellen Mitte nicht. Es müssen Angebote geschaffen werden, die vor Ort von den Menschen genutzt werden können und die es in der Umgebung oder im Kaufpark Eiche nicht gibt. Dazu zählen Bildungsangebote und soziale Einrichtungen für Kinder und ältere Menschen, denen bekanntlich nicht immer weite Wege zugemutet werden können. Auch die Gestaltung des Ortes spielt für die Anwohner*innen eine wichtige Rolle für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Und mehr

Menschen, die sich dort aufhalten, könnten wiederum Gewerbetreibende anlocken. Auch eine Zusammenarbeit mit der Alice-Salomon-Hochschule wäre ratsam, da sie hunderte Studierende beherbergt, die die Helle Mitte fast gar nicht nutzen und nur den kurzen Weg zwischen U-Bahnhof und Hochschulgebäude kennen. Es bleibt also noch viel zu tun und das Bezirksamt muss sich der Situation stellen, wie sie ist, und nicht Wunschträumen nachjagen. Ein vernünftiges Konzept muss entwickelt werden – in Zusammenarbeit mit sozialen Trägern, Bildungseinrichtungen, Gewerbetreibenden und Bewohner*innen. Am besten fängt das Bezirksamt an mit einem Runden Tisch für die Helle Mitte.

CHRISTIAN SCHWINGE
Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Mahlsdorf: Erster Schritt zum Bürgerhaus

Seit 2012 setzt sich der Bürgerverein Mahlsdorf-Süd dafür ein, ein Bürgerhaus für alle Generationen mit Kulturangeboten, Kursen und Raum für bürgerschaftliches Engagement einzurichten. Die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf unterstützt dieses Anliegen. Angesichts der knappen Mittelzuweisungen seitens des Senats kann sich der Bezirk eine Investition in Höhe von 3,5 Millionen Euro für den Neubau eines Bürgerhauses aktuell nicht leisten. Dennoch ist es unserer Bezirksstadträtin Dagmar Pohle gelungen, durchzusetzen, dass für Miete und Betrieb bis zu 80.000 Euro zur Verfügung stehen werden. Damit ist zwar kein neues Haus am Durlacher Platz, wie es der Bürgerverein präferiert, zu finanzieren. Ein Einstieg in die Angebote, die sich zahlreiche Menschen in Mahlsdorf-Süd wünschen und auch schon entworfen haben, ist damit aber an einem anderen Standort möglich.

Ein sogenanntes Interessenbekundungsverfahren wird nun zeigen, ob sich ein Objekt und ein Betreiber finden werden. Auch der Bürgerverein hat bereits Hinweise gegeben, wo Möglichkeiten für die Einrichtung bestehen. Somit kann ein erster Schritt zur Einrichtung eines Bürgerhauses in Mahlsdorf-Süd im Jahr 2016 getan werden. Die Linksfraktion wird sich dafür einsetzen, dass aus dem Einstiegsprojekt eine feste Einrichtung mit sicherer Zukunftsperspektive wird. Denn wohnortnahe, dezentrale Angebote für Kultur und Gemeinschaft stärken den Bürgersinn und sind grundlegende Voraussetzung für ein liebens- und lebenswertes Wohnumfeld.

OLAF MICHAEL OSTERTAG
Kulturpolitischer Sprecher

Eine Zukunft für die „Helle Oase“!

Lange Zeit lag sie im Dornröschenschlaf: die Fläche gleich hinter dem U-Bahnhof Hellersdorf. Ab 2012 begannen Hellersdorfer*innen sie zu entmüllen, und entdeckten so zugleich einen neuen Nachbarschaftstreff. Von Beginn an war der Bürgergarten „Helle Oase“ ein Beispiel für nachbarschaftliches Miteinander und aktives Mitmischen bei der Kiezentwicklung. Unterstützt wurde das Projekt vom Quartiersmanagement und dem Verein KIDS & CO. DIE LINKE, ihre Fraktion in der BVV und die Wahlkreisabgeordnete Dr. Gabriele Hiller waren dabei stets verlässliche Partner*innen. Sie haben selbst gegärtnert, Obstbäume gepflanzt und sich in der BVV für den Erhalt dieser grünen Oase inmitten des Häusermeers starkgemacht. Inzwischen ist hier viel mehr als eine Wiese zum Austoben für Hobbygärtner*innen

entstanden: Die „Helle Oase“ wird als ökologischer Lernort für Schüler*innen während ihrer Projektstage genutzt. Zeitweilig lud eine ehemalige Telefonzelle mit Bücherregalen zum Schmökern und zum Büchertausch ein. Leider wurde diese jedoch abgepackelt und völlig zerstört. Die Zukunft dieses in Marzahn-Hellersdorf einmaligen Projektes ist unklar: Ein Wohnungsunternehmen zeigt Interesse und will die Fläche erwerben.

Sicher ist Wohnungsneubau eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Jedoch muss damit auch die Sicherung der Lebensqualität einhergehen. Gemeinsam mit den Akteur*innen fordern wir, dieses Nachbarschaftsprojekt zu sichern. Dazu ist auch die entsprechende Unterstützung durch das Bezirksamt und das Abgeordnetenhaus notwendig.

SABINE SCHWARZ

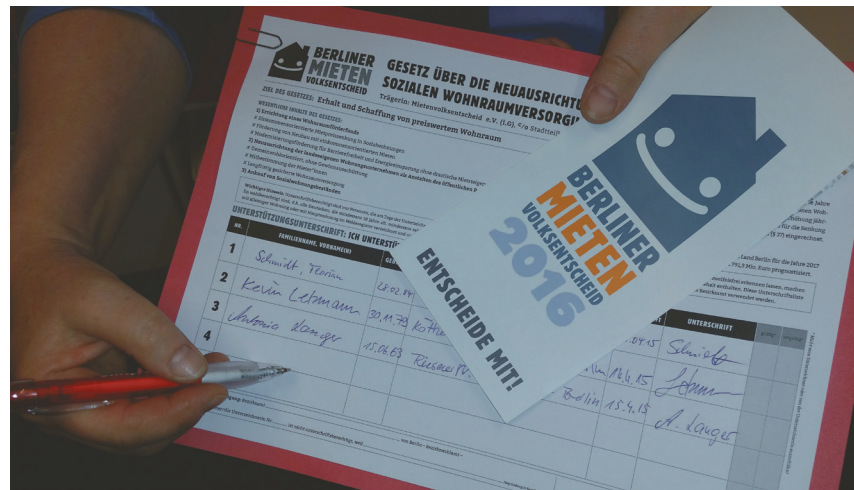


Die ehemalige Telefonzelle, die mittlerweile abgepackelt wurde, bereicherte die „Helle Oase“

Auf alle Fälle ein Erfolg

Mehr als 40.000 Berlinerinnen und Berliner unterschrieben im Frühjahr 2015 das Volksbegehren für bezahlbare Mieten und mehr sozialen Wohnraum in der Stadt. Zahlreiche Unterstützer*innen, darunter Mitglieder der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf, hatten dafür Unterschriften gesammelt. Doppelt so viele, wie für die erste Stufe eines Volksbegehrens notwendig sind, konnten dem SPD-CDU-Senat übergeben werden.

Selten gelingt es, die Regierenden sofort an den Verhandlungstisch zu bringen, um das Anliegen einer Bürgerinitiative erfolgreich umzusetzen. Bei 33 Volksbegehren in den letzten 20 Jahren im Land Berlin kam es erst zwei Mal vor, dass Senat und Parlament bereits nach der ersten Stufe handelten und sich im Sinne der Forderungen der Bürgerinnen und Bürger schon mal bewegten. Im November 2015



will das Abgeordnetenhaus die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung beschließen.

Einmischen lohnt sich durchaus. Denn ohne die Mieten-Initiative und ihre

Helfer*innen würden Senat und Parlament wohl immer noch debattieren, wie gut oder schlimm die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist.

MARINA RICHTER-KASTSCHAJEWA

Spendenaufwurf für wohnungslose Kinder

Jedes Jahr veranstalten wir für geflüchtete und wohnungslose Kinder in der Otto-Rosenberg-Straße eine Weihnachtsfeier. Im festlich geschmückten Saal des Don-Bosco-Zentrums Marzahn heißen wir sie mit ihren Familien bei Kakao und Kuchen herzlich willkommen und überreichen jedem Kind ein individuelles und liebevoll ausgesuchtes Geschenk. Die von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Linksfraktion und des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf organisierte Feier finanziert sich ausschließlich über Spenden. Diese werden bis Ende November im LINKEN TREFF (Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin) oder über folgendes Konto dankend entgegen genommen.



Auch über Sachspenden wie Spielsachen oder Kinderbücher freuen wir uns, bitten aber, darauf zu achten, dass es sich um Neuware handelt.

Wer beim Einpacken der Geschenke helfen möchte, kann sich telefonisch unter 030 5412130, per E-Mail an bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de oder direkt im LINKEN TREFF (Montag 13-17 Uhr, Dienstag 10-17 Uhr, Donnerstag 13-18 Uhr und Freitag 10-13 Uhr) melden. Wenn die eingenommenen Spenden die Kosten für die Weihnachtsfeier übersteigen, unterstützen wir damit Projekte für Kinder in weiteren Unterkünften für Geflüchtete in Marzahn-Hellersdorf.

SARAH FINGAROW
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Für eine bürgernahe Verwaltung

In Marzahn-Hellersdorf wächst wie in der ganzen Stadt die Bevölkerung. Nur unsere Bezirksverwaltung wächst nicht in ausreichendem Maße mit. Die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnisgrünen hat ein Personalabbaukonzept beschlossen, in dessen Folge die Anzahl der Bürgerämter reduziert wurde. Wer einen neuen Personalausweis beantragen oder sich ummelden will, muss einen Termin vereinbaren oder endlose Wartezeiten in Kauf nehmen. Die Termine in den Bürgerämtern sind aber mittlerweile so rar, dass sie Wochen im Voraus gebucht werden müssen, wenn überhaupt buchbare Termine zur Verfügung stehen. Inzwischen werden sie sogar gegen Bezahlung im Internet gehandelt. Auch andere Ämter können nur noch bedingt ihrer Arbeit nachkommen. So gibt es im Grünflächenamt nur einen Mitarbeiter, der für das Mähen des Rasens im Bezirk zuständig ist, weshalb viele Erholungsflächen verwildern. Wir fordern deshalb, die Pläne des Personalabbaus endlich aufzugeben und für die Mitarbeiter*innen der Bezirksverwaltung endlich vernünftige Arbeitsbedingungen zu schaffen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Haushaltspolitischer Sprecher

Abschied und Anfang bei der Linksfraktion

Nach mittlerweile 25 Jahren aktiver Bezirkspolitik – davon 14 Jahre als Stadtrat für Gesundheit und später für Ökologische Stadtentwicklung – hat sich unser Verordneter Dr. Heinrich Niemann entschlossen, seine Tätigkeit in der BVV zu beenden. Er scheidet aus der Linksfraktion aus, steht ihr aber nach wie vor mit seiner Kompetenz zur Verfügung. Mit 70 Jahren soll nun mehr Zeit für Privates und seine anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten bleiben. Wir danken Heinrich Niemann für sein jahrelanges Engagement. Für ihn ist Hassan Metwally, stellvertretender Bezirksvorsitzender der Partei DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf und Geschäftsführer der Linksfraktion im Stadtrat Erfurt, nachgerückt. Er vertritt die Linksfraktion in der BVV nun im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Seniorinnen und Senioren. Bereits in der Wahlperiode von 2006 bis 2011 war Hassan Metwally Mitglied der Linksfraktion. Wir heißen ihn herzlich willkommen und wünschen ihm eine erfolgreiche Tätigkeit in der BVV Marzahn-Hellersdorf.

THOMAS BRAUNE



Dr. Heinrich Niemann beendet seine Tätigkeit in der BVV



Hassan Metwally ist nun Mitglied der Linksfraktion

Bankverbindung

BV DIE LINKE Marz.-Hell.
IBAN: DE88 1005 0000 2193 8281 67
BIC/SWIFT: BELADEBEXX
Konto: 2193828167
BLZ: 100 500 00
Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: MH Spende,
Vorname Name, Anschrift

Kontakt

DIE LINKE. Fraktion in der BVV
Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8
12681 Berlin
Tel.: 030 54431890
Fax: 030 54431891
kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

DIE LINKE.
Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
www.facebook.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf
newsletter.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Impressum

DIE LINKE. Fraktion in der BVV
Marzahn-Hellersdorf

Helene-Weigel-Platz 8
12681 Berlin

V.i.S.d.P.: Bjoern Tielebein

Satz und Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder

Bilder: Eigene Darstellungen, wenn
nicht anders gekennzeichnet